

## Ministerin der Verteidigung in eigener Sache

Markus Decker  
und Tobias Peter

■ **Berlin.** Verteidigungsministerin Christine Lambrecht hat nach Kritik am Mitflug ihres Sohnes in einem Regierungshubschrauber um Verständnis gebeten. Im ZDF-„Mittagsmagazin“ sagte die SPD-Politikerin, als Juristin, Ministerin und Bürgerin sei es ihr wichtig, dass alle ihre Entscheidungen „auch rein rechtlich völlig korrekt sind“. Das sei hier der Fall. Im Übrigen habe sie die Kosten für den Flug übernommen. Als Ministerin habe sie sehr wenig Zeit für Privatleben, fügte Lambrecht hinzu, und als Mutter sei es ihr „wichtig, den Kontakt zu meinem Sohn zu halten“.

In der Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion hatte die Verteidigungsministerin von einer „Kampagne“ gesprochen. Statt über Inhalte zu diskutieren, würden ihre Schuhe oder ein Flug kritisiert, so Lambrecht, die dafür Teilnehmern zufolge Beifall erhielt. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) war zu diesem Zeitpunkt bereits nicht mehr in der Sitzung. Laut dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ soll er der Ministerin zuvor aber demonstrativ die Hand auf die Schulter gelegt haben – als Zeichen der Unterstützung. Lambrechts Hinweis auf die Schuhe bezieht sich auf die „Bild“-Zeitung, die es für berichtenswert hielt, dass sie während eines Truppenbesuchs in Mali Pumps trug.



Christine Lambrecht (SPD) weist die Vorwürfe zurück. Foto: dpa

Unterdessen sieht der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Michael Roth, noch Klärungsbedarf. „Es gibt jetzt noch ein paar offene Fragen, und die werden geklärt werden müssen“, sagte der SPD-Politiker. Rücktrittsforderungen wies Roth zurück.

Der verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Florian Hahn (CSU), forderte mehr Fingerspitzengefühl. Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), mahnte: „Es tobt ein Krieg in der Ukraine, und Deutschland leistet sich eine Diskussion über dieses Thema – ich finde, wir sollten uns darauf konzentrieren, wie wir der Ukraine helfen können.“

Anfang der Woche war bekannt geworden, dass Lambrecht kurz vor Ostern ihren 21-jährigen Sohn in einem Regierungshubschrauber zu einem Truppenbesuch in Norddeutschland mitgenommen hatte, ohne dass er am Militärtermin teilnahm. Am nächsten Tag ging es mit Auto und Personenschutzern auf die nahe Insel Sylt in den Osterurlaub.

In der vergangenen Legislaturperiode war der damalige Entwicklungshilfeminister Gerd Müller (CSU) in die Kritik geraten. So teilte das Ministerium auf Nachfrage mit, dass er von 2018 bis 2020 von seiner Ehefrau fünfmal in einer Regierungsmaschine sowie viermal ebenfalls auf eigene Kosten auf Linienflügen begleitet worden sei.

# Die Angst vor dem dritten Weltkrieg

Die Sorge ist groß, dass sich der Krieg in der Ukraine zu einem globalen Konflikt ausweiten könnte. Die Welt hat schon zwei Weltkriege gesehen. Experten aus OWL analysieren die Vergleichbarkeit.

Alexander Graßhoff

■ **Bielefeld/Paderborn.** Angst geht um. Die Angst vor einem dritten Weltkrieg. Seit Russland im Februar eine groß angelegte Invasion auf die Ukraine gestartet hat, stellen sich viele Menschen Fragen, die schlaflose Nächte bereiten können: Wird sich der Konflikt ausweiten? Was ist, wenn NATO-Staaten attackiert werden?

Die weitere Entwicklung ist ungewiss. Erhellend ist derweil ein Blick in die Vergangenheit. Denn die Menschheit hat schon zwei Weltkriege erlebt, von 1914 bis 1918 und von 1939 bis 1945. Welche Parallelen und welche Unterschiede erkennen Historiker beim Blick auf ihre Anfänge?

## Eine neue Welt

Danach gefragt, zieht Peter Fäßler, Professor für Zeitgeschichte an der Universität Paderborn, vor allem die Zeit zwischen den Weltkriegen als Vergleichsfolie heran. „Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs kam es zu einer geopolitischen Neuordnung“, sagt Fäßler. Die Monarchien in Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland wurden gestürzt. An die Stelle des deutschen Kaiserreichs trat nach der Novemberrevolution von 1918/1919 die Weimarer Republik.

In der Nachkriegsordnung stand Deutschland auf der Verliererseite, musste die Bedingungen des Versailler Friedensvertrages erfüllen – etwa Reparationen für die Kriegsschäden zahlen, Gebiete abtreten und sein Heer begrenzen. „Das sorgte für große Verbitterung und Kränkung.“ Vor allem von äußerst rechten Politikern sei eine Revision der Geschichte gefordert worden, sagt Fäßler.

Auch durch das Ende der Sowjetunion 1991 wurden Teile der Welt neu geordnet. „Damit will sich Russlands Präsident Wladimir Putin nicht abfinden.“ Auch er wolle die Zeit zurückdrehen, den Einflussbereich der Sowjetunion wiederherstellen.

Und ähnlich wie Hitler werde er von Großmachtfantasien getrieben, sagt Fäßler. Wollte Hitler Österreich „Heim ins Reich“ holen, spricht Putin der Ukraine die Eigenständigkeit ab.



Zwei Weltkriege haben ihre Spuren in Kulturen, Landstrichen und Erinnerungen hinterlassen. Ein erneuter globaler Konflikt gilt als Schreckensszenario. Foto: imago images

## Lug und Betrug

Um ihre Kriege zu begründen, argumentieren beide Machthaber in einer Kulisse aus Lügen. So begründete Hitler seinen Überfall auf Polen mit inszenierten Zwischenfällen an der Grenze zum Nachbarland. Auf diese Weise schuf er propagandistisch Anlass für den Krieg. „Der Zweite Weltkrieg begann mit einer Lüge“, so Fäßler. Dass es auch Putin mit der Wahrheit nicht genau nimmt, dass er das Spiel mit Wahrheit und Lüge gezielt einsetzt, ist bekannt. So begründet der Machthaber im Kreml seine sogenannte „militärische Spezialoperation“ in der Ukraine mit dem Schutz eigener Landsleute, so Fäßler.

## Die Waffen

Doch beim Vergleich der Zeiten fallen auch Unterschiede ins Auge. Cyberwar, der in den Weiten des Internets ausgefochtene Krieg, war während des Ersten und Zweiten Weltkriegs kein Thema. Und Kernwaffen wurden zwar während des Zweiten Weltkriegs entwickelt, getestet und erstmalig von den USA gegen Japan eingesetzt. Doch seitdem haben sich vor allem die USA und die damalige Sowjetunion ein Wettrüsten geliefert und eine ungleich größere atomare Drohkulisse aufgebaut. Diese bildet den Hintergrund für alle weiteren Konflikte.

Christina Morina, Historikerin an der Universität Biele-

feld, bezeichnet somit auch den von der Atommacht Russland geführten Angriffskrieg als „Zäsur in der jüngeren Konfliktgeschichte, weil er ein so großes Eskalationspotenzial mit sich bringt.“ Durch den Einsatz von Atomwaffen würde aus einem „zwischenstaatlichen Konflikt potenziell noch viel schneller eine globale Konflikt- und Bedrohungslage als das in den beiden Weltkriegen, die ohne atomare Waffen begonnen wurden, der Fall war“, sagt die Wissenschaftlerin. Schlicht, weil sich Atombomben mit ihrer enormen Sprengkraft und dem übers Land ziehenden giftigen Fallout weiträumiger auswirken.

## Ein Schutzbündnis

Ein weiterer Unterschied: Die 1949 gegründete NATO. Sie sei ein reines Verteidigungsbündnis und „grundsätzlich nicht auf eine offensive, eskalierende Logik hin angelegt“, sagt Morina.

Und auch Peter Fäßler betont: „Das Abschreckungs-

potenzial ist sehr hoch.“ Ein Krieg gegen die NATO sei für Putin nicht zu gewinnen, meint Fäßler. Dadurch wirke die NATO auf die Dynamik auch des jetzigen Konflikts eher beruhigend.

## Eine geprägte Gesellschaft

Und einer der vielleicht wichtigsten Unterschiede: die Erfahrung der beiden Weltkriege selbst. „Wir sind heute viel besser informiert und hoffentlich auch unendlich mehr sensibilisiert dafür, wie sich Konflikte entwickeln können“, sagt Morina. Von der teils heftigen Kriegsbegeisterung etwa am Vorabend des Ersten Weltkriegs, sei man heute im Westen weit entfernt.

Das unterstützt Fäßler. Es werde heute „sehr abwägend“ in Szenarien gedacht. „1914 ging man davon aus, der Krieg dauert nur Monate. Heute wird darüber nachgedacht: Was ist, wenn aus dem Krieg ein Atomkrieg wird?“ Zu hoffen ist, dass diese Frage unbeantwortet bleibt.

# Debatte um die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands

Kann sich die Bundesrepublik ohne die USA gegen Russland wehren? Kanzleramtschef Schmidt verneint die Frage. Die Annexion der Krim 2014 hat ein Umdenken in die Bundeswehr gebracht. Schwerpunkt liegt nun auf Bündnis- und Landesverteidigung.

Daniela Vates

■ **Berlin.** Die Antwort von Kanzleramtschef Wolfgang Schmidt (SPD) war kurz und gelassen. „Nein“, sagte er auf die Frage, ob Deutschland ohne die USA verteidigungsfähig sei gegen Russland. Wenige Hundert Kilometer entfernt russen Panzer, werden ukrainische Städte von Raketen beschossen. In Kaliningrad hat kürzlich eine militärische Übung stattgefunden, die einen Atomangriff simuliert. Muss Deutschland dem nichts entgegnen?

„Dafür sind wir ja in einer gemeinsamen Allianz der NATO“, erklärte Schmidt. Das trifft den Kern. Idee des 1949 gegründeten Verteidigungsbündnisses ist es, Kräfte zu bündeln, um sich gemeinsam gegen einen mächtigen Gegner wie Russland zur Wehr setzen zu können. Die Beitragspflicht ist in Artikel 5 des NATO-Vertrags festgelegt. Nicht umsonst hat die Ukrai-

ne so vehement einen NATO-Beitritt angestrebt.

Wären die Mitgliedsstaaten auf sich alleine gestellt, eine Verteidigung gegen den Angriff eines Landes mit 850.000 Soldaten, rund 12.000 Panzern, 4.000 Kampf- und anderen Militärflugzeugen, rund 600 Kriegsschiffen und U-Booten sowie über 6.000 Atomsprenkköpfe, für kaum einen von ihnen leistbar – bis auf die USA, die zudem über atomare Waffen verfügt, ein mögliches Abschreckungspotenzial gegenüber Russland. Die europäischen Atomkräfte Großbritannien und Frankreich verfügen über ungleich weniger Nuklearsprengköpfe.

Die NATO-Länder zusammen kommen laut Rüstungsforschungsinstitut Sipri auf rund 5,4 Millionen Soldaten, über 14.000 Panzer, über 20.000 Flugzeugen, rund 200 Kriegsschiffe und U-Boote. Bei den Atomsprenkköpfen liegen sie wenig unter der in Russland verfügbaren Zahl.

Vor dem russischen Angriff auf die Ukraine gab es allerdings die Frage, wie sehr sich die USA der NATO noch verpflichtet fühlt. Der damalige US-Präsident Donald Trump kündigte mehrere internationale Mitgliedschaften und Abkommen – auch der Rückzug aus der NATO schien möglich. Der Abzug von Truppen aus Deutschland wurde angekündigt. Die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) stellte fest, Europa sei

künftig wohl mehr auf sich selbst gestellt.

Trumps Nachfolger Joe Biden hat die transatlantische Partnerschaft auf allen Ebenen, auch auf der militärischen, wiederbelebt. Die US-Truppen blieben. Auf dem rheinland-pfälzischen Truppenstützpunkt Ramstein fand kürzlich eine multinationale Militärhilfekonferenz für die Ukraine statt. Bei der Unterstützung der Ukraine spielen die USA eine zentrale Rolle.

„Natürlich sind die USA ganz besonders wichtig für Deutschland, aber auch für Europa und für die NATO“, sagte Schmidt. „Und deswegen arbeiten wir auch so eng und gut zusammen, weil wir nur so als Allianz, als Bündnis von starken Partnern in dieser Welt, bestehen können.“ Langfristig verlassen können sich die Bündnispartner dabei nicht auf das US-Engagement: In zweieinhalb Jahren wird in den USA gewählt – es ist nicht ausgeschlossen, dass auf Biden wieder Trump folgt.

Für die verteidigungspolitisch bedeutet die neue Bedrohungslage eine Umstellung: Nach der Wiedervereinigung und dem scheinbaren Ende des Kalten Krieges war die Bundeswehr Stück für Stück verkleinert worden und hatte sich auf Auslandseinsätze konzentriert. Seit der Annexion der Krim 2014 gibt es ein Umdenken: Die Bündnis- und Landesverteidigung ist wieder in den Vordergrund gerückt.



Soldaten eines Bundeswehr-Logistikbataillons bereiten sich auf die Unterstützung der schnellen Eingreiftruppe der NATO vor. Foto: dpa

## Splitter

### Millionenbeträge gesperrt

■ Im Rahmen der Russland-Sanktionen hat Deutschland bislang eine Geldsumme von mehr als 130 Millionen Euro eingefroren. Ein Sprecher des Bundesfinanzministeriums nannte in Berlin für den Stichtag 29. April einen Gesamtbetrag von 137,9 Millionen Euro. Dabei handelt es sich den Angaben zufolge um reine Geldbeträge und nicht um andere Vermögenswerte wie etwa Villen oder Yachten. Die EU-Staaten hatten die Strafmaßnahmen gegen Oligarchen und Geschäftsleute wegen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine verhängt.

### Setzt auf Versöhnung

■ Natalia Klitschko, Ehefrau des Kiewer Bürgermeisters Vitali, setzt inmitten des Kriegs in ihrer ukrainischen Heimat auf Versöhnung statt auf Spaltung. „Ich empfinde keinen Hass“, sagte sie. „Hass frisst dich innerlich auf und ist keine Basis, um etwas Neues aufzubauen.“ Sie spüre eher „Wut und Mitleid“. Sie sei kein Freund von Extremen und wisse, „dass viele jetzt die russische Sprache boykottieren, aber davon halte ich nichts. Das wird uns auch nicht helfen, wieder zueinander zu finden“, sagte sie.

### Ausbildung an Haubitze

■ Die Bundeswehr hat mit der Ausbildung ukrainischer Soldaten an der Panzerhaubitze 2000 begonnen. Geplant sei es, bis zu 18 Besatzungen auszubilden, teilte das Verteidigungsministerium in Berlin auf Twitter mit. Soldaten, Techniker und Helfer aus der Ukraine waren am Vortag in einer Maschine der Bundeswehr aus Polen kommend in Rheinland-Pfalz gelandet. Sie begannen nun die Einweisung an der Artillerieschule der Bundeswehr in Idar-Oberstein.

### Pussy-Riot-Mitglied flieht



Maria Aljochina, Pussy-Riot-Aktivistin, ist geflohen. Foto: dpa

■ Die Pussy-Riot-Aktivistin Maria Aljochina hat sich der Polizeüberwachung in Russland entzogen und ist heimlich ins Ausland gereist. Sie habe sich als Mitarbeiterin eines Essenslieferdienstes verkleidet und ihr Handy in ihrer Wohnung in Moskau zurückgelassen, sagte die 33-Jährige. Sie habe die Grenze zu Belarus passiert und eine Woche später sei es ihr nach mehreren Versuchen gelungen, ins EU-Land Litauen einzureisen. Die Aktivistin gehört zu den bekanntesten Mitgliedern der Kremlkritischen Protestgruppe.

### Moskau sanktioniert

■ Russland hat gegen die Firma Gazprom Germania und andere ehemalige Tochterunternehmen seines staatlichen Gaskonzerns Sanktionen verhängt. Mit insgesamt 31 aufgelisteten Firmen dürften von russischer Seite keine Geschäfte mehr gemacht werden, hieß es. Die russische Regierung veröffentlichte dazu am Mittwoch eine Verfügung, nach der die Handelsverbote im Auftrag von Kremlchef Wladimir Putin in Kraft treten. Gazprom Germania war Anfang April unter staatliche deutsche Kontrolle gestellt worden.